

Starkes Deutschland – Gut für Sachsen

Die Positionen der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages und der Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Programm der Bundestagswahl 2017.

Die Bundestagswahl 2017 ist für Deutschland richtungsweisend! Nach vier Jahren Großer Koalition ist es Zeit für eine CDU-Politik ohne Wenn und Aber. Rot-Rot-Grün bedeutet Rückkehr zu Arbeitslosigkeit, Schuldenmacherei und außenpolitischen Experimenten in einer weltpolitisch schwierigen Phase. Eine CDU geführte Bundesregierung steht für ein wirtschaftlich starkes Deutschland in Sicherheit und Freiheit.

Wir wollen ein starkes Land, das es den Bürgern ermöglicht, ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu führen. Wir wollen erfolgreiche Unternehmen und einen starken Wirtschaftsstandort Sachsen, in dem Arbeitsplätze gesichert werden und neu entstehen und die Chancen der Digitalisierung in unserer Heimat genutzt werden. Mit sicheren Arbeitsplätzen soll jede und jeder die Möglichkeit haben, ein gutes Leben nach den persönlichen Vorstellungen zu führen. Die Sächsische Union lehnt eine rot-rot-grüne Politik ab, die Bürgerinnen und Bürger bevormundet. Wir möchten den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, indem wir das Ehrenamt sowie die Arbeit von Vereinen würdigen und fördern.

Die Sachsen schauen mit Zuversicht auf ihr Land und die Leistung, mit der sie den Freistaat zu einer lebenswerten und starken Region in Deutschland und im Herzen Europas gemacht haben. Die Christlich Demokratische Union will nach der Bundestagswahl im September diese Erfolgsgeschichte mit den Bürgerinnen und Bürgern fortsetzen. Wir wissen, wohin unklare Mehrheitsverhältnisse führen. Damit Sachsen und Deutschland stark bleiben, unterstützt die Sächsische Union Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Abgeordneten der Sächsischen Union im Landtag und im Deutschen Bundestag wollen ihren Beitrag dazu leisten, dass in Berlin und Dresden die Weichen für eine neue CDU geführte Bundesregierung gestellt werden. Dafür legen wir unsere Positionen vor und werben bei den Bürgerinnen und Bürgern um Vertrauen.

Wir halten zusammen – Für ein familienfreundliches und soziales Land

In der Familie erleben wir Glück und Leid im Miteinander. Hürden des Lebens werden gemeinsam besser genommen. Auf unsere Gesellschaft übertragen, gilt das ebenso: Solidarisches und gemeinschaftliches Miteinander machen Deutschland zu einem lebens- und liebenswerten wie auch attraktiven Land. Ein wohl bedachtes Sozialsystem, das zwischen Gemein- und Einzelleistungen austarieren kann, sorgt für Wohlstand und Sicherheit. Diese Balance zwischen Eigenverantwortung und sozialer Fürsorge wollen wir uns erhalten.

Für ein familienfreundliches Land

Die Welt dreht sich weiter, Verhältnisse ändern sich – mit dieser Erkenntnis leben wir seit jeher. In Anbetracht immer rasanter erscheinender Veränderungen, technischen Wandels und einer sich global vernetzenden Umwelt finden viele Menschen Halt und Orientierung in der Familie. Die Menschen wissen selbst am besten, wie sie Zusammenhalt, gegenseitige Unterstützung und Verantwortung füreinander bewahren. Wir unterstützen Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder, lassen die Verantwortung aber in ihren Händen. Eine Lufthoheit des Staates über Kinderbetten wird es mit uns nicht geben.

- Familien unterstützen durch frühzeitige Bildung in Kitas: Wir wollen, dass ein bundesweit hervorragend ausgebautes Netz an Unterstützungs- und Betreuungsangeboten den Eltern eine Wahlfreiheit bei der Erziehung ihrer Kindern gibt. Zu einer echten Wahlfreiheit zählt für uns ein flächendeckend dichtes Netz an Kita-Plätzen. Frühzeitige Bildung in der Kita soll die Betreuungs- und Erziehungsangebote ergänzen.
- Kindererziehung bei der Steuer berücksichtigen: Wer dauerhaft füreinander Verantwortung in Ehe und Familie übernimmt, erfährt unsere Wertschätzung. Mithilfe einer steuerlichen Entlastung wollen wir Familien staatlich unterstützen. Das Ehegattensplitting ist fortzuführen. Wir wollen es um ein Familiensplitting erweitern, damit auch unverheiratete Paare mit Kindern und Alleinerziehende davon profitieren können.
- Bauen attraktiv machen: Gerade jungen Familien wollen wir es leichter ermöglichen, sich ein Eigenheim zu schaffen. Wir wollen einen Freibetrag auf die Grunderwerbssteuer für junge Familien mit Kindern bei Erwerb einer Immobilie einführen, damit sie finanzielle Lasten besser schultern können. Wir halten die Überlegungen zur Einführung

eines Baukindergeldes für richtig. Daneben wollen wir erreichen, dass wieder mehr Menschen von der bewährten Wohnungsbauprämie profitieren.

- Niemand alleine lassen: Familien mit besonderen Herausforderungen wie Alleinerziehende oder Studierende verdienen unser besonderes Augenmerk. Wir wollen, dass junge Menschen sich nicht zwischen Studium und Kind entscheiden müssen, sondern beides miteinander vereinbaren. Dazu gehören bezahlbares Wohnen, eine flexible Gestaltung des Unialltags, wie beispielsweise kindgerechte Sprechzeiten oder Kinderessen in der Mensa. Daneben müssen familienpolitische Elemente bei der Studienfinanzierung stärker berücksichtigt und im Wissenschaftszeitvertragsgesetz konsequent angewendet werden.

Für soziale Sicherheit

Viele Mitglieder der Sächsischen Union teilen die besonderen Biografien der Menschen in Ostdeutschland. Wir wissen um die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit, geringerem Einkommen oder dem Fehlen zusätzlicher Rentenleistungen. In den zurückliegenden Jahren stiegen die Löhne auch in Sachsen, und die Möglichkeit zur Vorsorge für die Menschen verbessert sich. Wir wollen, dass das bewährte System der gesetzlichen Rentenversicherung weiter stark bleibt. Die Angleichung der Ost- und Westrenten muss so ausgestaltet sein, dass künftige Rentnergenerationen im Osten nicht benachteiligt werden. Daneben gewinnt die eigenverantwortliche Altersvorsorge zunehmend an Bedeutung bei der Entlastung der Sozialsysteme. Hierbei wollen wir die Menschen unterstützen.

- Eigene Vorsorge für das Alter soll sich lohnen: Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für die Altersvorsorge ist zu erhöhen. Alternativ sind die Abzugsgrenzen für Beiträge zu sonstigen Versorgungsaufwendungen so auszugestalten, dass die eigenverantwortliche Vorsorge weiter gestärkt wird.
- Wer hinzuverdient, soll mehr behalten: Wir wollen steuerfreie oder gering versteuerte Zuverdienst-Möglichkeiten im Alter bzw. eine steuerrechtlich attraktive Anrechnung von Zuverdiensten erleichtern. Die Verdienstgrenze bei Mini-Jobs wollen wir angemessen auf 500 Euro anheben.

Für eine starke Gesundheitsversorgung

In allen Lebensphasen weiß der Mensch bei uns: Für mich ist gesorgt, wenn es bei der Gesundheit darauf ankommt. Deutschland hat eines der besten

Gesundheitssysteme der Welt. Eine gute medizinische und ärztliche Versorgung sowie hervorragende Pflegeleistungen sollen auch künftig nicht davon abhängen, wieviel jemand verdient, wo jemand wohnt, wie alt oder krank jemand ist. Deshalb setzen wir uns für ein modernes und leistungsfähiges Gesundheitswesen ein, das Menschlichkeit, Qualität und Bezahlbarkeit zusammenführt. Dafür wollen wir auch neue Wege gehen, wo dies erforderlich ist und die Gesundheitsforschung weiter ausbauen.

- Jungen Medizinerinnen alle Chancen geben: Wir wollen eine gute Versorgung durch Ärzte und Krankenhäuser in allen Regionen unseres Landes. Junge Menschen wollen wir durch weitere Maßnahmen dazu bewegen, sich für den Beruf des Hausarztes zu entscheiden. U.a. soll der Zugang zum Studium nicht länger nur von der Abiturnote abhängig sein. Wer sich verpflichtet, nach dem Studium in die Patientenversorgung insbesondere in Regionen mit Ärztemangel zu gehen, soll bevorzugt studieren dürfen. Wir unterstützen Modell-Studiengänge in der medizinischen Ausbildung, insbesondere zur Stärkung der Ausbildung in der Allgemeinmedizin.
- Für attraktive Gesundheitsberufe: Unser Augenmerk gilt nicht nur dem Mediziner, sondern allen Gesundheitsberufen, deren Attraktivität wir steigern wollen. Dazu gehören gute Ausbildungsmöglichkeiten und die Weiterentwicklung der Berufsbilder im Gesundheitswesen, sowie Maßnahmen der Delegation und Substitution, mit denen wir die vielfältigen Aufgaben im Gesundheitswesen neu und intelligent verteilen.
- Apotheken vor Ort stärken: Apotheken sind wichtige Akteure für die tages- und zeitunabhängige Versorgung in unterversorgten Regionen, die wir erhalten wollen. Deshalb sprechen wir uns – anders als die SPD – für ein konsequentes Versandverbot für rezeptpflichtige Arzneien aus. Im ländlichen Raum sollen darüber hinaus mobile Systeme die pharmazeutische Versorgung sichern.
- Versorgungsinfrastruktur stärken: Sachsen soll auch künftig eine der modernsten und besten Krankenhausinfrastrukturen Deutschlands haben. Wir möchten, dass die Menschen weiterhin auf eine hohe Qualität, auch im ambulanten Bereich, vertrauen können. Dazu werden wir die unterschiedlichen Angebote von Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten im Interesse der Patientinnen und Patienten noch enger miteinander verzahnen. Die Notfallversorgung stärken wir durch eine Vernetzung der ambulanten wie stationären Angebote mit dem Rettungswesen.
- Für eine würdevolle Pflege: Die Würde der Pflegebedürftigen und Menschlichkeit im Umgang mit ihnen stehen im Mittelpunkt unserer

Pflegepolitik. Der Grundsatz „Prävention vor Reha“ und „Reha vor Pflege“ muss konsequent umgesetzt werden. Die modernisierte Pflegeversicherung und zusätzliche finanzielle Mittel tragen zur besseren Versorgung Pflegebedürftiger bei. Der Leitgedanke „ambulant vor stationär“ gilt für uns weiterhin.

- Spitzenregion für Telemedizin: Sachsen soll zu einer führenden Region für Telemedizin werden. Mit einer besseren digitalen Vernetzung wollen wir in Zukunft allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes den Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung ermöglichen. Mit Online-Videosprechstunden sind Termine einfach und oft auch viel flexibler als bisher möglich. Mit modernen Apps und Smartphones wird der „virtuelle Leibarzt“, der uns rund um die Uhr zur Verfügung steht, schon bald Realität. Wir wollen, dass Sachsen eine Pionierfunktion einnimmt und dazu auch für Start-Ups im Gesundheitsbereich ein attraktiver Standort wird.

Land-Lust – Für eine l(i)ebenswerte Heimat

Das Leben auf dem Land wird nie unmodern. Wir sind die Partei, die für die Zukunft im ländlichen Raum eintritt. In Sachsen wohnen fast zwei Drittel der Menschen in den Städten und Gemeinden des ländlichen Raumes. Dort sind sie stark in ihrer Heimat verwurzelt und engagieren sich häufig bei nachbarschaftlicher Hilfe und im Ehrenamt. Kleine und mittlere Unternehmen prägen im ländlichen Raum in Industrie, Handwerk, Land- und Forstwirtschaft sowie im Dienstleistungsbereich die Wirtschaftsstruktur. Diese Struktur wollen wir unterstützen.

Gut leben in ländlicher Heimat

Wir wollen die Lebensqualität in allen Regionen stärken, damit es nicht nur in den Ballungsräumen aufwärts geht. Auch das Land soll eine liebens- und lebenswerte Heimat bleiben.

- Schaffung eines Heimat-Ministeriums: Wir unterstützen die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrem Vorhaben, das Bundeslandwirtschaftsministerium um die Zuständigkeit für „ländliche Räume und Heimat“ zu bereichern.
- Bauen im ländlichen Raum: Mit einer Änderung des Baugesetzbuches wollen wir das Bauen im Außenbereich, insbesondere für Familien maßvoll erweitern.
- Attraktives ländliches Umfeld: Damit Menschen gerne und gut in ländlichen Regionen leben, wollen wir die Mobilität, ein breites kulturelles Angebot sowie eine starke soziale Infrastruktur gezielt fördern.

Das Land gut bewirtschaften

Wir treten einer ideologischen Landwirtschaftspolitik der rot-rot-grünen Parteien entschieden entgegen. Es ist Aufgabe des Verbrauchers, zu entscheiden, was auf den Teller kommt. Wir sind der Überzeugung, dass der Staat sich hier rauszuhalten hat. Gut geführte, wettbewerbsfähige landwirtschaftliche Betriebe sind in Sachsen und Deutschland ein fester Bestandteil des ländlichen Raumes. Die Tendenz der Verbraucher zu regionalen Produkten stärkt die Wertschätzung des Berufsstandes und seiner Erzeugnisse. Eine moderne und ressourcenschonende sowie tierartgerechte Landwirtschaft, unabhängig von Betriebsgrößen, Produktionsrichtung und Eigentumsform, bildet das Leitbild unserer Landwirtschaftspolitik.

- Für ein nachhaltiges Wirtschaften: Wir wollen die Unternehmen in der ländlichen Produktion nicht über das EU-Recht hinaus regeln, sondern unternehmerische Spielräume belassen (1:1-Umsetzung von EU-Recht).

Unsere landwirtschaftlichen Betriebe wirtschaften nachhaltig und machen sich die rasant fortschreitenden und immer schneller verfügbaren Erkenntnisse der Wissenschaft und Forschung zu eigen. Wir freuen uns darüber, dass unsere Bemühungen, die europäischen Förderregularien des Landwirtschaftsfonds für die ländlichen Räume (ELER) nach 2020 zu entschlacken, von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nun auch ausdrücklich unterstützt werden. Alle klima- und umweltpolitischen Bemühungen müssen sich an sozialen und wirtschaftlichen Belangen und den Realitäten vor Ort ausrichten. Ideologisch motivierten Plänen, die die Menschen gängeln und wirtschaftliche Innovationen hemmen, erteilen wir eine klare Absage.

- Unterstützung der Viehhaltung: Wir unterstützen die Land- und Ernährungswirtschaft, insbesondere die Landwirte mit Viehbestand dabei, die regionalen Märkte ebenso zu bedienen, wie den nationalen, den europäischen und den Weltmarkt.

Freiheit für eigene Leistungen – Für ein wirtschaftlich erfolgreiches und gerechtes Land

Seit Amtsantritt unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel sind in Deutschland über fünf Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Das hat vielen Menschen und ihren Familien Sicherheit und Zuversicht auf eine gute Zukunft gegeben. Es hat unser Land gerechter gemacht. Mit Sorge erinnern wir uns an die dramatische Arbeitslosenquote der rot-grünen Bundesregierung.

Der Boom am Arbeitsmarkt eröffnet auch denjenigen eine Chance auf ein eigenes Auskommen, die früher ohne Perspektive waren. Wichtiger als längeres Arbeitslosengeld ist mehr Arbeit in Deutschland für alle. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen ist die mit Abstand niedrigste in Europa. Die Einkommen steigen, die Mittelschicht wächst wieder. Das ist ein ermutigendes Signal. Denn die Mittelschicht, mit all den Millionen Menschen, die nicht nur täglich zur Arbeit gehen, sondern sich um ihre Kinder, ihre pflegebedürftigen Angehörigen kümmern oder sich im Ehrenamt für das gute Zusammenleben einsetzen – sie trägt unser Land. Sie wollen wir bestmöglich unterstützen.

Auch der Staat hat unter CDU-Führung gut gewirtschaftet. Das Markenzeichen sächsischer Finanzpolitik prägt nun auch die Finanzpolitik im Bund: Ohne neue Schulden auskommen und dennoch das Land voranbringen. Für finanzielle Spielräume soll gelten: Ein Drittel Investitionen in die Zukunft, ein Drittel zur Steuersenkung vor allem für Familien und ein Drittel für die Schuldentilgung. Das heißt, dass wir frei werdende Mittel nutzen wollen, um neue Finanzierungsmöglichkeiten zu befördern und Anreize zu schaffen, privates Kapital in unternehmerisches Wachstum und ein gutes Gründerklima zu investieren. Im Bund, wie in Sachsen, muss es zum anderen um die Tilgung von Schulden gehen. Damit entlasten wir unsere Kinder in der Zukunft.

Für solide Finanzen und gute Zukunftschancen

Wir wollen diejenigen, die arbeiten, in ihrer Entwicklung unterstützen und gerecht gegenüber kommenden Generationen sein. Niemand soll in seinen Möglichkeiten begrenzt werden.

- Leistung muss sich lohnen: Wir wollen unsere Leistungsträger – das sind vor allem die vielen fleißigen und engagierten Menschen in der Mitte der Gesellschaft – entlasten. Dazu wollen wir die Steuern senken. Wir glauben – anders als die SPD und Linke –, dass das Geld der Steuerzahler besser in ihren Händen aufgehoben ist.
- Nicht über die Verhältnisse leben: Überschüsse aus Steuermehreinnahmen gehören zurück in die Hände derer, die sie

erwirtschaftet haben und in die Schuldentilgung. Für mehr Generationengerechtigkeit wollen wir nach der erfolgreichen Umsetzung der Schuldenbremse nun einen Nachhaltigkeitsfaktor ins Grundgesetz einführen, wie er in Sachsen bereits besteht. Ziel ist es, die Pro-Kopf-Verschuldung auch bei einer rückläufigen Bevölkerungszahl nicht weiter ansteigen zu lassen. Es muss uns gelingen, die Gesamtverschuldung auf unter 60 Prozent unserer Wirtschaftsleistung zu senken, wie wir es in Europa verabredet haben.

Die moderne Arbeitswelt aktiv gestalten

- Intelligente, kreative Arbeitsmodelle: Wir setzen uns für ein modernes Arbeitsrecht ein, das den aktuellen Lebensverhältnissen in einer digital vernetzten Arbeitswelt gerecht wird. Niemand soll zurückbleiben. Arbeitszeitmodelle, die mit dem Arbeitgeber ausgehandelt werden, sollen es den Arbeitnehmern ermöglichen, selbstbestimmt über die Grenze zwischen Arbeit und Privat- oder Familienleben zu bestimmen. Wir wollen klare Regelungen für Home-Office-Arbeitsplätze. Sonn- und Feiertage müssen grundsätzlich arbeitsfrei bleiben.
- Keine neuen bürokratischen Lasten: Wenn der Bürger mit dem Staat und seiner Verwaltung in Kontakt tritt, wollen wir den Aufwand für ihn bei den notwendigen „Amtsgängen“ so gering wie möglich halten. E-Government werden wir flächendeckend ausbauen. Wir werden uns für die Einrichtung eines zentralen Bürgerportals durch den Bund einsetzen, über das alle Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft Zugang zu den Online-Angeboten der Verwaltung erhalten. Auch die Länder sollen hier ihre Online-Dienstleistungen bereitstellen.

Gutes Wirtschaften

Deutschland ist in Europa und der Welt ein Ort des wirtschaftlichen Wachstums und der Stabilität. Die erfolgreiche Grundlage hierfür ist in der Sozialen Marktwirtschaft angelegt. Ihr fühlen wir uns verpflichtet. Denn mit ihr geben wir einer ausgewogenen Tarif- und Steuerpolitik genauso Raum, wie den Entwicklungs- und Wachstumschancen von Unternehmen. Dieses Vermögen darf uns Deutschen nicht verloren gehen.

Wir sind der Überzeugung, dass wir hierfür diejenigen in den Mittelpunkt rücken müssen, die das Rückgrat unseres Erfolges und Wohlstandes sind: die kleinen und großen, heimischen und international tätigen Unternehmen aus Sachsen und Deutschland mit ihren vielen motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

- Abgabepflicht fair gestalten: Die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge stellt einen Kredit der Wirtschaft an die Sozialsysteme dar. Wir wollen sie aufheben. Da dies mit einem erheblichen finanziellen Aufwand für die Sozialversicherung verbunden ist, schlagen wir ein Stufenmodell über zehn Jahre vor. Wir beginnen mit kleinen Betrieben.
- Regionale Innovationen fördern: Wir setzen uns in Ostdeutschland für einzelbetriebliche Fördermöglichkeiten über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) auf weiter hohem Niveau ein. Zukünftig soll sich die Förderung stärker an der Innovationskraft orientieren. Dafür ist der Anteil an Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in den Mittelpunkt zu rücken. Für Regionen, die vor besonderen Herausforderungen bei der Strukturentwicklung stehen, soll die Programmfamilie „Unternehmen Region“ zu einem deutschlandweiten Programm weiterentwickelt werden.
- Steuerliche Forschungsförderung: Staatliche Anreize für Forschung erhöhen die Attraktivität des deutschen Wirtschaftsstandortes. Wir setzen uns für eine steuerliche Förderung von Forschungsinitiativen im Mittelstand ein und verbessern so seine Wettbewerbschancen.
- Für starke KMU: Unser besonderes Augenmerk liegt auf den kleinen und mittleren Unternehmen als Rückgrat unserer sächsischen Wirtschaftsstruktur. Bei ihnen steht ein Generationenwechsel an, und wir werden alles dafür tun, dass die Übergabe und der Erhalt der Unternehmen vor Ort gelingt. Kleine Unternehmen sollen mithilfe einer starken Bundesförderung bei der Digitalisierung ihrer Arbeitsprozesse begleitet werden.
- Deutschland als Industrieland stärken: Sachsens Erfolg hat vier Räder: Wir sind Autoland und haben zudem einen starken Maschinenbau. Wir setzen uns nachdrücklich für gute Rahmenbedingungen der Industrie in Deutschland und Europa ein, um die Grundlage für unsere Wertschöpfung zu erhalten.
- Schlüsseltechnologien in Deutschland und Europa halten: Kernkompetenzen in den Schlüsseltechnologien wie Leichtbau, Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechnologien, Materialforschung sowie in der Luft- und Raumfahrt müssen in Sachsen und Deutschland erhalten bleiben. Ein wichtiger Schritt dafür ist die Neugründung des DLR-Instituts für Software-Forschung und Simulation in Dresden, die im Bundesetat 2017 beschlossen wurde.
- Für ein modernes Beihilferecht: Wir unterstützen die Neuausrichtung im Beihilferecht der EU, die unsere Schlüsseltechnologien und Exzellenzzentren im internationalen Wettbewerb stärkt. Wir halten

daran fest, dass die EU-Förderung im Bereich der Mikroelektronik auch am größten Produktions- und Forschungsstandort Dresden erfolgen kann.

- Unternehmertum von Bürokratie entlasten: Zur gezielteren Senkung von Bürokratiepflichten wollen wir erreichen, dass bei einem neuen Gesetz neben dem Erfüllungsaufwand zukünftig auch der „Veränderungsstress“ für die Wirtschaft gemessen wird.

Risiko zahlt sich aus

Der Schritt, den Forscher und Unternehmer von einer Idee zu einem Produkt, von Wissen zu Geld und von Gewinn zu neuen Arbeitsplätzen gehen, soll in Deutschland kleiner werden. Wir wollen Anreize für mehr Investitionen durch die Wirtschaft schaffen. Unternehmertum und Risikobereitschaft sollen sich in unserem Land lohnen.

- Für einen neuen Gründergeist: Gründerzentren an allen Hochschulen sollen erfolgreiche Ausgründungen begleiten. Diese wollen wir durch eine Gründerprämie für die Universitäten stärken. Wir wollen junge Unternehmen weiterhin mit einem soliden Risikokapital in der Anfangs- und Wachstumsphase ausstatten. Mit einer substantiellen steuerlichen Entlastung für Start-up-Unternehmen in den ersten zwei Jahren wollen wir die Liquidität erhöhen und Anreize für die Bildung von Eigenkapital für die Wachstumsphase schaffen. Mögliche Investoren sollen aufgelaufene Verluste der Anfangsphase übernehmen und steuerlich geltend machen können.
- Für eine gesunde Fehlerkultur: Um unternehmerisches Risiko von Ängsten zu befreien, wollen wir eine Kultur der Akzeptanz des Scheiterns etablieren. Dazu sollen bestehende Instrumente und Institutionen der Gründungsförderung um Instrumente der Unterstützung gescheiterter Gründer erweitert werden.

Kluge Köpfe ziehen an – Für ein Land der Chancen

Sachsen geht mit einem anspruchsvollen Netz an guten Schulen und Hochschulen und einer der dichtesten Forschungslandschaften Deutschlands vorbildliche Wege. Diese Landschaft wollen wir pflegen und weiterentwickeln, indem wir kluge Köpfe fördern und die Entwicklung von kreativen Ideen, innovativen Unternehmen und intelligenten Systemen unterstützen.

Für eine moderne Bildungslandschaft

Unseren Kindern, aber auch lebenslang den erwachsenen Menschen geben wir das Wissen für morgen am besten in einer Bildungslandschaft mit auf den Weg, die mit den Anforderungen einer sich ändernden Welt mitwächst. Wir wollen den Menschen in Sachsen und Deutschland im digitalen Zeitalter beste Bildungschancen geben – in der Kita wie in der Schule, in der Uni wie in der höheren Berufsausbildung.

- **Digitale Kompetenzen in der Bildung stärken:** Wir setzen uns für einen Digital-Pakt zwischen Ländern und Bund ein. Wir stellen den Schulen die bereitgestellten Bundesmittel in Höhe von fünf Milliarden Euro für eine starke und zukunftsfähige IT-Infrastruktur mit schnellem Breitbandanschluss, WLAN und modernen Rechnern zur Verfügung. Im Gegenzug realisieren die Länder die „digitale Bildung“ durch die bedarfsgerechte Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte und die Entwicklung geeigneter pädagogischer Konzepte. Eine bundesweite Bildungs-Cloud soll allen Schulen den Zugang zu den besten Unterrichtshilfen bieten. Der digitale Zugang zu Wissensbeständen von Bibliotheken und Museen ist durch eine Anpassung des Urheberrechtes praxistauglich auszugestalten.
- **Duale Ausbildung:** Das System der dualen Ausbildung als erfolgreichen Berufseinstieg und als Basis für die Fachkräfteversorgung wollen wir erhalten und weiter stärken, indem wir die Beratung und den Zugang zu ihr verbessern. Unser besonderes Augenmerk liegt dabei auf den berufsbildenden Schulen.
- **Karrierechancen durch höhere Berufsbildung:** Wir wollen jungen, leistungs- und aufstiegsorientierten Menschen über den beruflichen Weg attraktive Karriereperspektiven eröffnen. Durch das Konzept der höherberuflichen Bildung machen wir uns für eine tatsächliche Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung stark. Gut ausgebildete Fachkräfte erhalten Chancen, über ihre berufliche Ausbildung in Führungspositionen einzusteigen.

Starke Forschung und Entwicklung

Investitionen in die Erforschung und Entwicklung von Produkten sind wichtige Investitionen in unsere Zukunft. Die unionsgeführte Bundesregierung hat im Vergleich zu 2005 ihre Ausgaben in diesem Bereich auf 15 Milliarden Euro verdoppelt. Wir wollen an der Vereinbarung festhalten, dass im Bereich von Forschung und Entwicklung bis zum Jahr 2025 die Investitionen auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen sind.

- Innovation wird belohnt: Wir treten auf Bundesebene dafür ein, dass analog zur ausgelaufenen Investitionszulage (Sachanlagen in den neuen Bundesländern) eine Innovationszulage für ganz Deutschland eingeführt wird. Diese steuerliche Forschungsförderung soll das bewährte System der Projektförderung ergänzen und betriebliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung fördern.
- Gesundheitsforschung in und aus Sachsen: Wir wollen die Bundesregierung in ihrem ehrgeizigen Vorhaben unterstützen, die Gesundheitsforschung – gerade im Feld der Demenz- sowie Krebserkrankungen und der Kinder- und Jugendmedizin – mit einem großzügigen Förderprogramm zu stärken. Mit seinen modernen Forschungseinrichtungen und exzellenten Wissenschaftlern ist Sachsen vorbereitet, ein möglicher Standort für neue Gesundheitszentren zu sein.

Exzellente Wissenschaft

Eine exzellente Wissenschaftslandschaft mit erfolgreichen Hochschulen braucht neben der finanziellen Sicherheit auch einen guten Wettbewerb.

- Starke Wissenschaft im Verbund: Die Zusammenarbeit der Länder untereinander und mit dem Bund auf dem Gebiet der Wissenschaft und Hochschulen soll in einem föderalen Wettbewerb weiter ausgebaut werden. Dazu sind die Kooperationsmöglichkeiten des Art. 91b GG zu nutzen. Wir halten es für richtig, wenn der Bund sich über das Jahr 2020 hinaus an der Finanzierung der Hochschulen beteiligt. Dazu ist ein Hochschulpakt 2030 zu entwickeln. Die bestehende Exzellenzinitiative ist fortzusetzen.
- Wissen „Made in Germany“: Deutschlands Hochschulen sollen noch internationaler werden. Dazu wollen wir grenzüberschreitende Kooperationen fördern, in denen sie sich besser vernetzen können. Die Angebote des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und der Alexander-von-Humboldt-Stiftung sind zu erweitern. Für EU-Programme, wie etwa „Horizont 2020“, sind Anschlussprogramme zu

entwickeln, die mindestens über den gleichen finanziellen Umfang für Forschung und Wissenschaft verfügen.

- Anziehend für Exzellenz: Im Rennen um die besten Köpfe weltweit wollen wir besser werden. In den letzten Jahren sind viele exzellente Wissenschaftler und ihre Mitarbeiter an deutsche Forschungsstandorte gekommen. Wir werden unsere Anstrengungen zur Gewinnung internationaler Experten und von jungen Nachwuchswissenschaftlern u.a. durch eine sächsische Nachwuchsakademie weiter erhöhen und ihnen attraktive und moderne Forschungs- und Lebensbedingungen an sächsischen und deutschen Standorten schaffen.

Für einen starken Staat - Null Toleranz für Kriminelle

Wir sind für einen starken Staat. Die innere Sicherheit und Freiheit zu gewährleisten, ist oberste Pflicht des durchsetzungsfähigen Rechtsstaates gegenüber seinen Bürgern – dafür werden Steuern gezahlt.

Sachsens CDU hat sich in den zurückliegenden Jahren in Land und Bund immer dafür stark gemacht, dass die Sicherheit unserer Bürger höchste Priorität hat: Der Personalaufwuchs bei der Polizei in Bund und Land, die Einführung der Wachpolizei im Freistaat, der Aufbau von robusteren Einheiten für den Einsatz in Terrorlagen, die verbesserte technische Ausstattung sowie die schärfere strafrechtliche Verfolgung bei Angriffen auf Sicherheitskräfte sind ein Ausdruck dieser Haltung. Unser Ziel ist ein starker Staat mit schlagkräftigen Befugnissen und einem klugen Zusammenwirken von Bund und Ländern, der dafür sorgt, dass die Menschen sich in unserem Land sicher und frei bewegen können: No-go-Areas wie in NRW oder Berlin und Straßenzüge, in die sich nachts niemand mehr traut, darf es in Sachsen und Deutschland nicht geben!

Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus

Wir werden mit der gesamten Härte des Rechtsstaates gegen jegliche Form von Extremismus und Terrorismus vorgehen und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen. Deutschland braucht eine moderne Sicherheitsarchitektur, die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen standhält.

- Besser vernetzte Sicherheitsstrukturen: Sicherheitsbehörden der Bundesländer, des Bundes und der EU-Mitgliedstaaten müssen Daten über potenzielle Gefahren und Gefährder automatisiert untereinander austauschen können. Wir werden uns für die Vernetzung ihrer Datenbanken starkmachen. Wir brauchen ein gemeinsames Recht der Gefahrenabwehr, mindestens für alle Formen überregionaler Kriminalität. Es darf in Deutschland nicht Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben.
- Gegen Terroristen gewappnet sein: Unsere Polizisten müssen der aktuellen Bedrohungslage entsprechend ausgerüstet werden, um die Bürger, aber auch sich selbst gut vor terroristischen Gefahren zu schützen. Dazu zählt eine den modernsten Anforderungen entsprechende Bewaffnung genauso, wie eine gute Ausstattung mit Sonderschutzfahrzeugen und Schutzkleidung auf hohem technischen Niveau.

Sichere Grenzen

Die Bürger in Sachsen, insbesondere in den Grenzregionen zu Polen und Tschechien wollen sicher leben. Wir wollen mehr Polizisten auf der Straße, die schnell und schlagkräftig gegen illegale Einwanderung, grenzüberschreitende Kriminalität wie Drogen- und Menschenhandel, Diebesbanden und Hehlerei vorgehen können. Einen effektiven Schutz der EU-Außengrenze begleiten wir durch nationale Maßnahmen.

- Organisierte (Grenz-)Kriminalität bekämpfen: Kriminelle Banden in Sachsen und Deutschland wollen wir effektiv bekämpfen. Damit Grenz- und grenznaher Kriminalität Einhalt geboten werden kann, ist die Bundespolizei an der Grenze, aber auch unsere sächsische Landespolizei mit entsprechenden Mitteln und dauerhaft ausreichendem Personal auszustatten. Das Dauerproblem der Abordnung von Bundespolizisten bei neu erkannten Sicherheitslagen, etwa an Flughäfen, ist mit dem Personalaufwuchs der Bundespolizei durch zusätzliche Stellen schnellstmöglich zu lösen.
- Technische Verbesserungen: Wir setzen uns für die Ausweitung der Schleierfahndung auf Autobahnen und Fernverkehrsstrecken im gesamten Bundesgebiet ein. Weiterhin muss der Einsatz von Kennzeichenlesegeräten auch im fließenden Verkehr in allen Bundesländern dauerhaft umgesetzt werden, um den Gefahren grenzüberschreitender Kriminalität wirkungsvoll begegnen zu können.
- Wir müssen wissen, wer zu uns kommt: Wir brauchen so schnell wie möglich ein europäisches Ein- und Ausreiseregister sowie ein Registrierungssystem für nicht visapflichtige Einreisende (ETIAS).

Effektive Kriminalitätsbekämpfung

Wir zeigen Null Toleranz gegenüber allen, die Recht und Ordnung in unserem Rechtsstaat missachten.

- Durch Videoüberwachung mehr sehen: Der Einsatz von moderner Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen unterstützt die Sicherheitsbehörden in der Prävention und Verfolgung von Straftaten. Mobil, als „Body-Cam“, erhöht sie die Sicherheit unserer Polizisten im Einsatz und dient der Beweissicherung. Deshalb setzen wir uns für diese Maßnahme ein. Die Fahndung nach gefährlichen Straftätern soll durch moderne Methoden der Gesichtserkennung erleichtert werden.
- PKWs präventiv sichern: Um effektiver gegen Kfz-Diebstähle vorzugehen, wollen wir einen höheren Sicherheitsstandard im PKW

bereits ab Werk (GPS-Ortung, personalisierte Wegfahrsperrern, bessere Kodierung der Sendefrequenzen der Türöffner) durchsetzen.

- Sicher in den eigenen vier Wänden: Gegen Wohnungseinbrüche werden wir verstärkt vorgehen. Wir wollen eine schnelle rechtliche Umsetzung, so dass diese Straftat so bald wie möglich als Verbrechen geahndet werden kann.
- Ein Programm für sichere Städte: Ordnung und Sicherheit im Wohnumfeld und in den Innenstädten sind ein Kernanliegen der Union. Um sie weiter zu stärken, wollen wir die erfolgreichen Städteentwicklungsprogramme um die Programmlinie "Sichere Stadt" erweitern. Wir setzen uns für eine Sicherheitspartnerschaft zwischen privaten Wohnungseigentümern sowie Genossenschaften, der Polizei und den Ortspolizeibehörden ein.
- Sicher im Netz: Verbraucher und Unternehmen brauchen maximale Sicherheit beim Surfen, Einkaufen, Kommunizieren und geschäftlichem Austausch im Internet. Die Versorgung und die Sicherheit von Soft- und Hardware verstehen wir als Teil des polizeilichen Schutzauftrags. Wir wollen mehr Mittel für die Infrastruktur und die Prävention gegen Netzkriminalität bereitstellen. Diese Maßnahmen sind durch mehr Ermittlungsarbeit und Strafverfolgung gegen Netzkriminalität zu begleiten. Weil der Bürger und nicht der Kriminelle sicher sein soll, wollen wir eine Rechtsgrundlage für die sog. Quellen-TKÜ schaffen, die es den Sicherheitsbehörden erlaubt, auf eine Kommunikation vor ihrer Verschlüsselung zuzugreifen. Wir wollen die praxistaugliche Weiterentwicklung der Verkehrsdatenspeicherung (etwa von Emails) voranbringen.

Für ein konsequentes Asylrecht

Für die christliche Union steht außer Frage, dass wir denjenigen Menschen helfen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung fliehen. Die hohe Anzahl an Asyl- und Schutzsuchenden hat Sachsen, Deutschland und Europa vor eine Herausforderung gestellt, die wir nur gemeinsam, solidarisch und mit der konsequenten Durchsetzung unseres Rechts stemmen werden.

- Internationale und Europäische Solidarität einfordern: Deutschland hat in der Stunde der Not zu seiner Verantwortung gestanden und mehr Flüchtlinge aufgenommen, als andere Länder. Jetzt gehen wir ihre Integration an. Unser Land darf aber nicht überfordert werden, wir haben noch andere Aufgaben. Deshalb müssen sich alle EU-Länder um Flüchtlinge kümmern. Und alle EU-Länder müssen die Fluchtursachen vor Ort bekämpfen und unsere europäischen Außengrenzen schützen.

Die EU muss ihre Bemühungen für mehr europäische Solidarität verstärken.

- Sichere Herkunftsstaaten anerkennen: Rot-Rot-Grün handelt ideologisch, wenn es sich dauerhaft gegen die Anerkennung weiterer sicherer Herkunftsstaaten sperrt. Das trifft für die sog. Maghreb-Staaten Tunesien, Algerien, Marokko zu. Asylbewerber aus diesen Ländern haben praktisch keine Aussicht auf Anerkennung. Die sofortige Einstufung als ‚sichere Herkunftsstaaten‘ ist die logische Konsequenz. Das gilt auch für weitere Staaten in Afrika, die sichere Herkunftsstaaten sind. Die Einrichtung von Transitzonen zur Aufnahme und Registrierung von Flüchtlingen halten wir für ein geeignetes Instrument, illegalen Schlepperbanden das Handwerk zu legen und Migration sinnvoll zu steuern.
- Konsequente Durchsetzung des Asylrechts: Die Union hat das Asylrecht gegen Widerstände von Rot-Grün verschärft. Wir wenden es konsequent an, in dem Verfahren weiter beschleunigt und Fehlanreize vermieden werden. Wer keine Bleibeperspektive hat oder gegen die Regeln verstößt, muss Deutschland verlassen.
- Nationale Kraftanstrengung bei Rückführungen: Die Zahl der Rückführungen muss deutlich erhöht werden. Winterabschiebe-Stoppes lehnen wir ab. Zu den notwendigen Maßnahmen zählen wir u.a.
 - Verringerung von Verfahrensschnittstellen,
 - ungehinderter Datenaustausch zwischen Bundes- und Landesbehörden,
 - Reduzierung von Duldungstatbeständen sowie konsequente Erfassung der echten Duldungsgründe,
 - Verbesserung der Zwangsmaßnahmen (z.B. Leistungskürzungen nach AsylbLG),
 - Umkehr der Beweislast bei Leistungskürzungen nach AsylbLG,
 - Einrichtung von Bundesausreisezentren,
 - Einrichtung von zentralen Aufnahmeeinrichtungen für kriminelle Asylbewerber, die keinen Anspruch auf Asyl oder subsidiären Schutz haben und bis zu ihrer Abschiebung in diesen Einrichtungen dauerhaft verbleiben,
 - Verfahrensbeschleunigung (z. B. Verkürzung der Prozessdauer zwischen Rückführungsentscheidung und deren Vollzug).

Unsere Werte zählen

Wir wollen, dass Deutschland ein Land ist und bleibt, in dem sich alle – Frauen und Männer, Kinder, Junge und Alte, Deutsche und Zuwanderer – wohlfühlen. Jedermann soll sein Leben in Sicherheit, gegenseitigem Respekt und in Anerkennung der Freiheit des anderen führen und stolz sein können auf die

sächsische Heimat in Deutschland. Heimat entsteht dort, wo Neues und Fremdes in das Bestehende integriert wird.

- Rahmen- und Leitkultur als Richtschnur für Integration: Wir wollen Menschen mit Offenheit begegnen, die aus Not zu uns kommen. Wir Deutsche wissen – oftmals aus eigenen Familiengeschichten –, was Flucht und Vertreibung für Menschen bedeuten und haben unsere Lehren daraus gezogen. Auf diesen Erfahrungen gründet heute eine dem Menschen zugewandte Haltung. Unverhandelbar sind für uns unsere Wertevorstellungen von Gleichberechtigung, Meinungsvielfalt und Religionsfreiheit. Das neue Integrationsgesetz ist die rechtliche Basis für Fordern und Fördern bei Ausbildung, Arbeit und Wertvermittlung für Menschen mit guter Bleibeperspektive. Wir fordern, dass Menschen, die bei uns leben, die deutsche Sprache erlernen und sprechen.
- Bekenntnis zu einer Staatsbürgerschaft: Das Modell der doppelten Staatsbürgerschaft steht einer dauerhaft gelingenden Integration im Weg. Wir sind für klare Verhältnisse die verhindern, dass Konflikte anderer Länder bei uns ausgetragen werden. Daher setzen wir uns für einen Generationenschnitt ein bei denjenigen, die eine doppelte Staatsbürgerschaft haben. Das heißt, für die Enkelgeneration wird die Staatsbürgerschaft desjenigen Landes gelten, in dem sie sich dauerhaft aufhält.
- Keine Kinderehen in unserem Land: Kinder sind das Wertvollste, das wir haben. Wir lehnen die Ehe von unter 16-jährigen Kindern ab und setzen uns für ein gesetzliches Verbot ein. Bereits geschlossene Kinderehen sollen von Anfang an nichtig sein. Soziale Härtefallregeln sollen drohende negative Folgen – etwa den Wegfall von Unterhaltsansprüchen – auffangen.
- Wir schauen uns in die Augen: Toleranz und Offenheit beginnen mit einem klaren Blick in die Augen. Wir wollen das Tragen von Burka und Niqab verbieten, wo immer das rechtlich möglich ist.

Gemeinsam stark – Für ein selbstbewusstes Europa

Mit Milliarden Euro der Europäischen Union haben wir Sachsen wieder aufgebaut. Mit Polen und Tschechien verbindet uns eine freundschaftliche europäische Partnerschaft. Für die junge Generation wie für unsere Wirtschaft ist Europa der Zukunftsraum. Wir sind in der Pflicht, das Projekt der Europäischen Union zum Erfolg zu machen. Das geht nicht ohne kritische Reflexion – am besten gemeinsam mit den Bürgern. Es gibt berechtigte Fragen zur Zukunft der Europäischen Union. Darauf wollen wir Antworten finden.

- Solidarität und klare Lastenteilung: Als Leitprinzip der Europäischen Union fordern wir Subsidiarität ein. Die Europäische Union sollte tatsächlich nur dort tätig werden, wo das Handeln eines Mitgliedstaates nicht ausreicht. Dazu gehört für uns eine konsequente Weiterentwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik, vor allem beim Schutz der EU-Außengrenzen. Aufgabe der Europäischen Union ist es auch, die wirtschaftlichen Interessen der fast 500 Millionen Einwohner des EU-Binnenmarktes zu vertreten und den Freihandel zu verteidigen.
- Für eine wettbewerbsfreundliche EU: Das Beihilferecht soll grundsätzlich überarbeitet werden, mit dem Ziel, europäischen Branchen und Industrien im internationalen Wettbewerb eine echte Chance auf die Pole-Position einzuräumen.
- Europa beginnt mit guter Nachbarschaft: Sachsen hat seit jeher enge und vertrauensvolle Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten. Ein Dialog auf Augenhöhe mit jedem einzelnen Land ist uns wichtig, er muss dem Frieden gleichermaßen dienen wie den wirtschaftlichen Interessen. Wir setzen uns für eine europäische Zukunftsregion Sachsen-Polen-Tschechien ein. Wir wollen den Bereich Kultur und Wissenschaft mit neuen Initiativen fördern.

Digital und mobil vernetzt – Für eine moderne Infrastruktur

Unsere Regionen, Städte und Gemeinden positionieren sich als erfolgreiche Akteure in der heutigen Wirtschaftswelt am besten, wenn wir sie digital und mobil gut vernetzen – das gilt im besonderem Maße für den ländlichen Raum. Wir setzen uns für eine hervorragend ausgebaute Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Digitales und Energie ein.

Digitales

Persönliche Lebensumstände wie Alter und Gesundheit oder die geografische Lage des Wohnortes sollen niemanden davon abhalten, sich mit dem Rest der Welt auszutauschen – sei es privat oder beruflich. Die Chancen der Digitalisierung wollen wir verantwortungsvoll nutzen.

- Gute Anbindung, auch in dünn besiedelten Gebieten: Die Förderung des kabelgebundenen Breitbandausbaus bis zum letzten Haus ist durch Bund und Länder fortzusetzen. Kostenminimierende Synergien beim Ausbau von Glasfaser- und Stromnetzen wollen wir nutzen und auch die Verlegung über Freileitungen förderfähig halten. Finanzschwache Kommunen, die ihren Eigenanteil nicht beisteuern können, sollen durch eine gesonderte Förderung unterstützt werden, damit der Breitbandausbau nirgendwo scheitert.
- Für Technologieoffenheit: Wir unterstützen die weitere Entwicklung des Mobilfunkstandards 5G und dessen Nutzung. Den Weg zu künftigen technischen Möglichkeiten wollen wir offen halten.

Verkehr

In Sachsens Regionen kommen die Menschen Dank eines gut ausgebauten Straßennetzes zügig ans Ziel. Neben dem Erhalt von bestehender Struktur wollen wir Sachsen in Zukunft besser an die großen internationalen Verkehrswege anbinden. Unser besonderes Augenmerk gilt dem Ausbau der Schienenverkehrswege. Wir wollen den Bundesverkehrswegeplan schnellstmöglich umsetzen.

- Gründung einer Infrastrukturgesellschaft: Von jedem Ort in unserem Land sollen die Menschen zügig das Autobahnnetz erreichen. Wir wollen die Effizienz beim Planen, Bauen und Betreiben unserer Fernstraßen steigern und unterstützen die Gründung einer Infrastrukturgesellschaft. Beim Bau und Erhalt von Bundesautobahnen und -fernstraßen soll der Mittelstand stärker berücksichtigt werden. Um schneller bauen zu können, drängen wir auf die Beschleunigung der

Planungs- und Genehmigungsverfahren. Das neue, für hoheitliche Aufgaben zuständige Fernstraßen-Bundesamt soll in Leipzig angesiedelt sein.

- Nationale und internationale Anbindung Sachsens verbessern: Wir wollen umfangreich in die Schienenverkehrsinfrastruktur investieren. Die Schienenverbindung nach Osteuropa (Ostsee-Berlin-Dresden-Prag) muss rasch ausgebaut werden. Wir treten für die Planung einer leistungsfähigen Eisenbahnverbindung von Dresden nach Prag außerhalb des Elbtals ein. Die Bahnstrecken Berlin - Dresden, Leipzig - Chemnitz sowie Zittau - Görlitz - Berlin sind zügig auszubauen. Wir unterstützen auch die Initiative der Länder bzw. Wojewodschaften sowie der größeren Städte entlang der Achse der Trans-European Networks (TEN-Achse) zwischen Frankfurt und Krakau für eine Schnellbahnverbindung.
- Internationale Flughäfen: Wir setzen uns für eine koordinierte Entwicklung der Flughäfen in Ostdeutschland ein. Den Flughafen Leipzig-Halle wollen wir zu einem leistungsfähigen und großen internationalen Drehkreuz sowohl im Fracht- als auch zunehmend im Passagierverkehr mit den entsprechend attraktiven Bahn- und Busverbindungen vor allem von und nach Berlin entwickeln.
- Für eine schiffbare Elbe: Wir setzen uns für den Erhalt der Elbe als Wasserstraße und den damit einhergehenden Maßnahmen zur Schiffbarkeit ein.
- Verschiedene Antriebssysteme: Wir wollen die Forschung und Entwicklung alternativer Antriebssysteme voranbringen, denn allein mit Elektromobilität sind weder Flug- noch Schwerlastverkehr zu bewerkstelligen oder die Klimaziele zu erreichen. Wir sprechen uns gegen eine Gängelung des mündigen Verbrauchers durch Verbote und politische Festlegungen auf eine bestimmte Technologie aus. Stattdessen setzen wir auf die Innovationskraft unserer Wirtschaft.

Energiewende klug gestalten – Für eine verantwortungsvolle Energiepolitik

Eine bezahlbare und jederzeit verfügbare Energieversorgung bleibt die Grundlage für ein Leben in Sicherheit und Wohlstand. Damit unsere Wirtschaft stark bleibt, müssen wir ein wettbewerbsfähiger Innovations- und Produktionsstandort sein. Dazu brauchen wir die Erneuerbaren Energien genauso, wie moderne und flexible konventionelle Energieträger. Wir setzen uns für eine verantwortungsvolle Energiepolitik ein, die eine nachhaltige Strukturentwicklung ermöglicht, wirtschaftliche Potenziale nutzt und Versorgungssicherheit garantiert.

Für eine geordnete Strukturentwicklung

Durch die Energiewende stehen Braunkohle-Gebiete wie die Lausitz vor einer herausfordernden Strukturentwicklung. Um Strukturbrüche zu vermeiden und eine nachhaltige Strukturentwicklung zu gestalten, bedarf es einer beherzten Unterstützung durch die Bundesregierung.

- Strukturbrüche verhindern: Wir setzen uns für eine Sonder-Investitionszulage für die Lausitz ein. Flexibilisierungen von Standards im Rahmen von Öffnungs- und Experimentierklauseln sollen der Lausitz neue Wege und innovative Ansätze in der Wirtschaftsförderung ermöglichen. Gemeinsam mit den anderen in der Strukturentwicklung befindlichen polnischen und tschechischen Nachbarregionen wollen wir ein spezielles EU-Förderprogramm und EU-Beihilferegime erreichen. Für die Strukturentwicklung in den Braunkohlegebieten wollen wir die hervorragende Expertise der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) nutzen und sie für die Aufgaben der Strukturförderung mit ausreichend Bundesmitteln ausstatten.

Für eine weitsichtige Energiepolitik

Die Sächsische Union bekennt sich zu einer Energiepolitik, die fair gestaltet ist und die Herausforderungen im internationalen Wettbewerb im Blick behält.

- Für eine grundlegende Reform des EEG: Die Energiekosten müssen für Unternehmen und Verbraucher bezahlbar bleiben. Um den Markt als ordnungspolitisches Leitprinzip wieder stärker in den Mittelpunkt zu stellen, wollen wir eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und mittelfristig ein Auslaufen der damit verbundenen Förderungen erreichen.
- Für eine faire Kostenverteilung beim Netzausbau: Wir setzen uns für bundeseinheitliche Übertragungsnetzentgelte ein, um die Kosten für

den notwendigen Netzausbau fair zu verteilen und den Osten und einzelne westdeutsche Regionen nicht im Wettbewerb zu schwächen.

- Heimische Energieträger nutzen: Zur Sicherung der Stromversorgung sowie der Wettbewerbsfähigkeit unserer heimischen stromintensiven Unternehmen setzen wir uns für die Braunkohle als Brückentechnologie und als Partner der Erneuerbaren Energien ein. Wir wollen die Forschung und Entwicklung von Technologien zur stofflichen Nutzung der Braunkohle als Chemierohstoff voranbringen. Damit schlagen wir die Brücke von den fossilen zu den erneuerbaren Energieträgern und leisten einen positiven Beitrag zur Strukturentwicklung in den Braunkohleregionen.
- Erneuerbare Energien durch Speicher zukunftssicher machen: Für den Ausbau der Erneuerbaren Energie und des Stromnetzes wollen wir die vorhandenen Kompetenzen bei der Forschung und Produktion von Batterie- und Speichersystemen weiter fördern und auch die Entwicklung von intelligentem Lastenmanagement vorantreiben. Der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energie soll grundsätzlich über Ausschreibungen stattfinden.

Beschlossen am 10. April 2017 in Dresden.